

# Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten

## Zukunftsinvestition im Interesse der Schweiz?

### Einladung

zum Europa-Stammtisch der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (nebs),  
Sektion Aargau, (Gäste willkommen)

Donnerstag, 6. September 2018, 19.00 Uhr,  
Restaurant „Rathausgarten“, Argovia Saal, Aarau

### Fabian Mahnig

**Sektionschef in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA) des EDA,  
orientiert über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten und  
dessen Bedeutung für das Verhältnis der Schweiz zur EU**

Mit Hilfe der Europäischen Union (EU) ist es vielen osteuropäischen Ländern nach ihrem 2004 erfolgten EU-Beitritt gelungen, ihr Wohlstandsniveau dem EU-Durchschnitt anzunähern. Davon profitiert auch die Schweiz, da diese Länder dank ihrer gestiegenen Kaufkraft mehr Schweizer Güter und Dienstleistungen importieren können. Aus Solidarität und um diese Länder zusätzlich zu stärken, hat das Schweizer Volk im November 2006 zu deren Gunsten für 2007 bis 2017 einem Erweiterungsbeitrag von CHF 1'000 Mio. zugestimmt („Kohäsionsmilliarde“). Da 2007 Bulgarien und Rumänien und 2013 Kroatien der EU beigetreten sind, ist dieser Betrag später auf CHF. 1'302 Mio. erhöht worden. Die Schweiz bezahlte diesen Betrag nicht einfach in einen grossen „EU-Topf“ ein, sondern förderte damit mit gutem Erfolg eigene Projekte (vgl. [www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch)).

Der Grossteil der Projekte des Erweiterungsbeitrags ist abgeschlossen. Da die Schweiz nach wie vor an der Stärkung von Stabilität und Wohlstand in der EU interessiert ist, hat der Bundesrat im März 2018 die Vernehmlassung über einen zweiten Beitrag von wiederum CHF 1'302 Mio. eröffnet, d.h. über 10 Jahre durchschnittlich CHF 130 Mio. pro Jahr. Diese Mittel sollen gezielt für die Berufsbildung, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Bewältigung von Migrationsproblemen im Asylbereich eingesetzt werden. Der Beitrag der Schweiz von CHF 1'302 Mio. macht nur 0,35 % der Kohäsionsleistungen der EU aus und beträgt weniger als ein Drittel des Betrages, den das bevölkerungsmässig kleinere Norwegen zur Förderung schwächerer EU-Staaten einsetzt.